

---



---

## Globale Finanzpolitik aus Perspektive der feministischen Ökonomie

Rezension von: Brigitte Young, Isabella Bakker, Diane Elson (Hrsg.), *Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective*, Routledge, London 2011, 178 Seiten, broschiert, £ 31,99.

---



---

Das strategische Schweigen über *Gender* in der Ökonomie, im Speziellen in der Geld- und Finanzpolitik, muss beendet werden. Den Begriff „strategisches Schweigen“ hat Isabella Bakker, eine der Mitherausgeberinnen dieses Buches, bereits 1994 geprägt. Und er ist immer noch ganz wesentlich für den Umgang mit der Kategorie „Geschlecht“ in der Ökonomie: *„The silence about gender is ‚strategic‘ in the sense that this silence obscures the ways in which financial governance interacts with, and reinforces, or restructures, the social organization of gender relations“* (S. 1).

Noch immer wird suggeriert, dass ökonomische Theorien und damit auch Wirtschaftspolitik geschlechtslos oder geschlechtsneutral seien. Dabei beruhen sie im Gegenteil auf androzentrischen Wert- und Weltvorstellungen. Denn das moderne Verständnis von Wirtschaft ist geprägt von männlichen Erfahrungen und Interessen und vernachlässigt die Notwendigkeit, auch anderen Bedürfnissen Raum zu geben. Es blendet die spezifischen sozialen Erfahrungen und Lebenskontexte von Frauen aus. Die Konstruktion des ökonomischen Gegenstandsbereichs, die Wahrnehmung von Problemen sowie die Erklärungen und Interpretatio-

nen ebendieser erfolgen aus einer männlichen Perspektive. Die androzentrische Struktur des ökonomischen Denkens bringt Theorien, Modelle und Wirtschaftspolitiken hervor, die „männlich“ mit „menschlich“ gleichsetzen.

Das Ziel des Buches ist es, dieses Schweigen zu brechen und vor allem im Kontext der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 aufzuzeigen, wie relevant die Kategorie „Geschlecht“ ist und wie wesentlich sie Wirtschaftspolitik strukturiert. Denn vermeintlich geschlechterblinde Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitiken unterschätzen sowohl die Beiträge von Frauen zur Wirtschaft als auch die Auswirkungen der Wirtschaft(-politik) auf Frauen systematisch.

Ausgangspunkt für das vorliegende Buch ist, dass vor allem die Geld- und Finanzpolitik und ihre Instrumente geschlechterblind sind. Die Gründe dafür sehen die Herausgeberinnen darin, dass Frauen zum einen in den geld- und finanzpolitischen Institutionen deutlich unterrepräsentiert sind und dass zum anderen im Diskurs zu Geld- und Finanzpolitik „Geschlecht“ als nicht relevant eingestuft wird. Damit benennen die Herausgeberinnen den Rahmen der feministischen Analyse, die zumindest zwei Ebene beinhaltet: die Prozessebene und die inhaltliche Ebene von Wirtschaftspolitiken. Fast alle Beiträge in diesem Buch beleuchten diese beiden Analysedimensionen. So untersuchen beispielsweise Helene Schuberth und Brigitte Young auf der einen Seite die Exklusion von Frauen in der globalen Finanzarchitektur und auf der anderen Seite die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der geld- und finanzpolitischen Arrangements und Regulierungen.

Ein weiterer Analyserahmen, den die Herausgeberinnen einführen, geht auf Diane Elsons und Nilufer Cagatays Arbeit (2000) zurück und unterscheidet zumindest drei systematische Verzerrungen: den deflationären *Bias*, den männlicher Haupternährer-*Bias* und den Kommodifizierungs-*Bias*. Im vorliegenden Buch und den darin dargestellten Analysen werden diese drei Verzerrungen um zwei zusätzliche erweitert – um den Risiko-*Bias* und den Kreditoren-*Bias*.

Deflationärer *Bias* bedeutet, dass eine niedrige Inflation und ein enger bzw. strenger fiskalischer Rahmen hinsichtlich öffentlicher Ausgaben Priorität haben. Dies hat für Frauen unverhältnismäßig negative Effekte und limitiert den Spielraum von Regierungen im Umgang mit Rezessionen, vor allem wenn es um Investitionen in Sozialbereichen wie Bildung und Gesundheit geht.

Beispiele für diese Verzerrungen gibt der Artikel von Diane Elson und Tonia Warnecke anhand einer Analyse der IWF-Politiken. Elson und Warnecke zeigen Möglichkeiten, wie „Geschlecht“ in die Überprüfungen der Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF) integriert werden kann. Die PRGF ersetzt seit 1999 die ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) als konzessionäre Kreditfazilität des IWF für einkommensschwache Länder mit dem Ziel, anspruchsberechtigte Mitglieder dabei zu unterstützen, ihre Zahlungsbilanz zu stärken und ihre Wachstumsaussichten zu verbessern. Die PRGF zielt darauf ab, die Armutsreduzierung zum Kernelement einer wachstumsorientierten Strategie zu machen, indem Kredite des IWF zur Unterstützung geeigneter makroöko-

nomischer Politiken mit Armutsbekämpfungshilfe der Weltbank verbunden werden. Makroökonomische Stabilisierung und eine tragfähige Außenposition werden dabei als grundlegend angesehen, weil sie wesentlich für nachhaltiges Wirtschaftswachstum seien. Bislang wurde den Geschlechterdimensionen der IWF-Politiken kaum bzw. keine Aufmerksamkeit gezollt.

Die Autorinnen sehen es daher als wesentlich, an drei Ebenen anzusetzen: Es braucht erstens eine geschlechterdisaggregierte Wirkungsanalyse, um herauszufinden, ob die Kosten und der Nutzen der PRGF gleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind. Zweitens ist eine Analyse nötig, die die geschlechtsspezifischen Dimension des finanzpolitischen Spielraums untersucht. Hiermit sollen die Wirkungen des deflationären *Bias* analysiert werden. Und drittens braucht es eine spezifische Programmanalyse, um die impliziten geschlechtlichen Normen und Werte, die den PRGF-Regeln zugrunde liegen, sichtbar zu machen. Denn auf allen drei Ebenen wirkt die Unsichtbarkeit der Kategorie Geschlecht zu Ungunsten von Frauen. Es braucht daher ein „*rewriting of national and international macroeconomic policy rules to engender a more egalitarian gender order*“ (S. 127).

Der männliche Haupternährer-*Bias*, der Wirtschaftspolitik zugrundeliegt, entsteht aus der Annahme, dass es in Familien einen männlichen Haupternährer gibt, mit dessen Lohn auch die abhängigen Familienmitglieder versorgt werden. Hierfür bedarf es einer (Ehe-)Frau, die den nicht-marktlichen Bereich der unbezahlten Pflege und Sorgearbeit (sog. *Care-Arbeit*) übernimmt.

Diesen *Bias* bearbeitet beispielsweise Friederike Maier in ihrem Beitrag. Sie geht der Frage nach, wie die makroökonomische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft mit Geschlechterordnungen interagiert bzw. mit ihnen verbunden ist. Elemente von Geschlechterordnungen sind dabei der Zugang zu bezahlter Arbeit, die Organisation von unbezahlter Arbeit, die Verteilung von Einkommen, die Regulierung von Erwerbsarbeits- und Sorgearbeitszeiten, die Verantwortlichkeiten für unbezahlte Arbeit und die politische Ermächtigung (*empowerment*) von Frauen.

Die Autorin kommt für die EU-Länder zu dem Schluss, dass die makroökonomische Performanz eines Landes umso besser ist, je höher das Niveau an Frauenerwerbsarbeit und dementsprechend geringer der männliche Haupternährer-*Bias*. Dabei findet sie zwei „Erfolgsmodelle“, das Nordische Modell und das Angelsächsische. Für beide Modelle ist die Integration von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt wesentlich, sie haben beide höhere Erwerbsarbeitsraten sowohl von Frauen als auch von Männern und damit einen größeren wirtschaftlichen Erfolg. Unklar bleibt dabei jedoch, ob die höheren Beschäftigungsquoten den wirtschaftlichen Erfolg bedingen oder umgekehrt der wirtschaftliche Erfolg höhere Beschäftigungsquoten ermöglicht. Jedenfalls unterscheiden sich die beiden Modelle in einem Punkt wesentlich: der Organisation und Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Während im Angelsächsischen Modell die Organisation der Pflege- und Sorgearbeit über den Markt bzw. privaten Sektor funktioniert, wird sie im Nordischen Modell vom Staat übernommen. So ist das Nordische Modell das einzi-

ge, das bessere gesamtwirtschaftlichen Performanz und mehr Gleichberechtigung verbindet. Dies liegt laut Maier daran, dass in diesem Modell das Ziel der Integration von Frauen in dem Erwerbsarbeitsmarkt ein wesentliches gleichstellungspolitisches Ziel war bzw. ist und nicht nur ein positiver externer Effekt guter Wirtschaftsleistung. Daher wurde sowohl die gleichberechtigte Verteilung im nichtmarktlichen Bereich der unbezahlten *Care*-Arbeit wesentlich in den Blick der (Wirtschafts-)Politik genommen, wie auch die notwendigen Veränderungen von männlichen Rollen(-bildern).

Der Kommodifizierungs-*Bias* tritt auf, wenn Wirtschaftspolitiken darauf abzielen, die Rolle des öffentlichen Sektors so weit wie möglich zu minimieren. Als Resultat dessen verschiebt sich die Pflege- und Sorgearbeit (wieder) in die unbezahlte Sphäre von Familien, wird also (re-)privatisiert und damit zu unbezahlter Frauenarbeit. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Reduktion von Budgetdefiziten oder der Anspruch ausgeglichener öffentlicher Haushalte vorrangig über die Reduktionen von öffentlichen Ausgaben und nicht (auch) einnahmeseitig forciert wird.

Ein Beispiel, wie dieser Kommodifizierungs-*Bias* wirkt, findet sich in Elisabeth Klatzers und Christa Schlagers Artikel. Die Autorinnen zeigen am Beispiel Österreichs die Geschlechterimplikationen der makroökonomischen Politiken und Governance der EU auf. Das EU-Governancesystem gibt Zielen wie fiskalischer Nachhaltigkeit und Reduktion von Schuldenstand und Neuverschuldung Vorrang vor ökonomischen Zielen wie Wachstum, Beschäftigung oder Verteilungsgerechtigkeit. Die Autorinnen zeigen zum einen, dass diese prozyklische Ausrichtung

der Fiskalpolitik bereits vor der Wirtschafts- und Finanzkrise die gesamtwirtschaftliche Performanz negativ beeinflusst hat. Zum anderen stellen sie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen ebendieser EU-Wirtschaftspolitik auf nationale Budgetpolitik dar. Frauen sind auf Grund ihrer Einkommens- und Lebensverhältnisse überproportional negativ betroffen von Einsparungspolitiken, Privatisierungen und Kürzungen im öffentlichen Sektor. Wenn nun der nationale Budgetspielraum durch regelbasierte Wirtschaftspolitik der EU eingeschränkt wird, hat dies deutliche Auswirkungen auf Frauen und deren Lebenskontexte. Klatzer und Schlager argumentieren daher für eine weitreichende geschlechtersensible Analyse der EU-Politiken.

Der Risiko-*Bias* definiert sich darüber, inwieweit Risiko gebündelt oder individualisiert wird. Stephen Gill und Adrienne Roberts zeigen in ihrem Beitrag die Bewegung hin zur Sozialisierung von Risiken für großen Finanziers und Unternehmen und gleichzeitiger Privatisierung von Risiken für die Mehrheit der Bevölkerung. Vor allem die Risiken und Kosten, die mit Kürzungen der Sozialleistungen verbunden sind, nennen Gill und Roberts „*reprivatization of social reproduction*“ (S. 164) und unterstreichen damit ebenfalls die Annahme eines Kommodifizierungs-*Bias*.

Der Kreditoren-*Bias* beschreibt das asymmetrische Verhältnis von Schuldnern und Gläubigern, wobei auf globa-

ler Ebene die Macht des Finanzkapitals immer mehr zunimmt. Die geschlechtliche Strukturierung von Risiko und der Beziehung zwischen Schuldnern und Gläubigern wird in Schuberths und Youngs Kapitel (siehe dazu weiter oben) dargestellt.

Wenngleich dieses Buch – wie viele internationale Publikationen – eine relativ lange Erscheinungszeit hatte und sich damit die Daten in den meisten Beiträgen leider auf Prä-Krisenzeiten bzw. die Wirtschafts- und Finanzkrise in ihren Anfängen beziehen, leistet das Buch einen ganz wesentlichen Beitrag dazu, das Schweigen hinsichtlich Geschlecht und Wirtschaftspolitik zu brechen. Seine Relevanz hat sich vor allem in letzter Zeit nochmals deutlich gesteigert – nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf eine neue wirtschaftspolitische *Governance* auf EU-Ebene, die im Wesentlichen im März 2010 begann. Die Herausgeberinnen haben es geschafft, nicht nur feministische makroökonomische Analysen in einem Band zusammenzubringen. Vielmehr bieten fast alle Beiträge Anknüpfungspunkte für Interventionen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie bieten aber auch ganz wesentliche Vorarbeiten und Vorschläge für geschlechtergerechte Politiken und damit Anknüpfungspunkte für PolitikerInnen sowohl auf nationalstaatlicher als auch supranationaler Ebene.

Katharina Mader